

Entwicklung braucht Abrüstung

Autor(en): **Stückelberger, Christoph**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **89 (1995)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143875>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Entwicklung braucht Abrüstung

Für einiges Aufsehen sorgten Entwicklungsorganisationen, Hilfswerke und Missionen der Schweiz, als sie im September 1994 die beiden hängigen Armeeinitiativen für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr und für die Halbierung der Militärausgaben unterstützten. Das mutige Wort zum «heiklen Thema» hat bereits einen Aufruf zum Spendenboykott gegenüber diesen Organisationen ausgelöst. Im folgenden Text begründet Christoph Stückelberger, Zentralsekretär von Brot für alle, in vier Thesen die Sicht der Hilfswerke. Es geht ihm nicht um die Armeeabschaffung, sondern um einen Abbau der viel zu hohen Militärausgaben zugunsten des viel zu niedrigen Budgets für die Entwicklungspolitik, beides gemessen am internationalen Standard, besonders auch am Verhältnis von Militärausgaben und Entwicklungshilfe in den andern neutralen Staaten Europas. Es handelt sich bei diesem Text um einen Vortrag, den Christoph Stückelberger an der Tagung der Koordinationsstelle für Ökumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit am 12. November 1994 in Thun gehalten hat. Sein Thema hiess: «Umgekehrt wird Friede draus».

Red.

Zur Unterstützung der beiden Armeeinitiativen

Brot für alle (BFA), das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) und die Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen in der Schweiz (KEM) unterstützen die beiden hängigen Volksinitiativen «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» und «für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik». Die erste dieser beiden Initiativen strebt ein generelles Verbot der Waffenausfuhr an und die zweite eine *Umlagerung von Militärausgaben in dreifacher Richtung*, nämlich: eine Verlagerung hin zu vermehrten Ausgaben für die internationale Friedenssicherung, gerade auch durch Entwicklungszusammenarbeit, als zweites eine Verstärkung der Ausgaben für soziale Sicherheit im eigenen Land und als drittes eine Finanzierung der Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion.

Die Bedeutung der *Waffenausfuhrfrage* sehen wir im Moment z.B. wieder an *Ruanda*. Ich habe gerade diese Woche gehört, dass Frankreich offenbar wiederum

neue Waffen an die Hutus in Zaire liefert, die sich dort auf einen Angriff gegen die jetzige Regierung Ruandas vorbereiten. Es ist gemäss Kennern der Lage absehbar, dass der nächste Krieg in eher kürzerer als längerer Zeit wiederum ausbrechen wird. Das zeigt, wie stark die Länder, die Waffen liefern, an Konflikten beteiligt sind. Wenn wir Nothilfe, Aufbau- und Entwicklungszusammenarbeit leisten, müssen wir uns als Hilfswerke dafür einsetzen, dass nicht gleichzeitig der nächste Krieg mit Waffen aus dem Norden vorbereitet wird.

Ich kann in diesem Kurzvortrag nun nicht im einzelnen auf diese Initiativen eingehen. Ich konzentriere mich auf die Abrüstungsfrage, denn die Frage des *Waffenausfuhrverbots* wurde in den Kirchgemeinden und kirchlichen Hilfswerken/Missionen breiter diskutiert, sie ist seit 20 Jahren auch als legitimes Anliegen der Hilfswerke und Missionen stärker akzeptiert. Ich denke an die Abstimmung über die Volksinitiative zur Waffenausfuhr von 1972, bei der sich Hilfswerke ja bereits hinter dieses Anliegen gestellt hatten. Die Frage der *Abrüstung* hingegen ist heikler, indem hier we-

niger Konsens besteht. Den Zusammenhang von Entwicklung und Abrüstung begründe ich in vier Thesen:

1. Friede braucht Gerechtigkeit

Sie kennen den Vers aus Psalm 85,11: «Friede und Gerechtigkeit umarmen sich», «küssen sich», wie es in anderen Übersetzungen heisst. Das war das Motto der Europäischen Ökumenischen Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit» in Basel 1989. Nach dem biblischen Verständnis von Schalom umfasst Friede die ganze Breite von einer persönlichen Neuorientierung bis zur Neuorientierung der gesellschaftlichen Strukturen. *Schalom* umfasst *Gerechtigkeit*, beinhaltet ein Leben in Wohlstand (vor allem im Alten Testament), eine neue Beziehung zu den Mitmenschen, ein neues Verhältnis zur Natur und auch eine neue Ausrichtung auf Gott. Ein gerechter Zugang zu den *Ressourcen*, denken wir nur an Land, an Wasser, an Bodenschätze, ist eine Voraussetzung für dauerhaften Frieden. Es kann keinen dauerhaften Frieden geben, wenn nicht Gerechtigkeit besteht. Diese Einsicht ist ja nicht neu. Sie ist uralte, wie wir aus diesem Psalmvers bereits ersehen. Aber sie muss immer wieder neu in Erinnerung gerufen werden. Kein Friede ohne Gerechtigkeit. Friede braucht Gerechtigkeit. Sehr viele Konflikte, die auf der Welt bestehen, haben ihre Ursache in einer ungleichen Verteilung der Ressourcen, sind letztlich ein Kampf um Ressourcen.

2. Gerechtigkeit ist der Name für Entwicklung

Wir stehen heute in Gefahr, Entwicklung wieder zu einseitig einfach mit *Wirtschaftswachstum* gleichzusetzen. Wirtschaftswachstum ist zwar eine wichtige Hilfe für Entwicklung, es bedeutet aber noch nicht per se Entwicklung. Es gibt manche Länder, die mit einer repressiven Regierung ein rasches Wirtschaftswachstum erreichen wollen. Ich denke an Beispiele wie China oder Indonesien. Sie fördern damit zwar das Bruttosozialprodukt, aber das genügt

nicht für eine *menschenwürdige* Entwicklung. Zur Sicherung der eigenen Macht, gerade auch gegenüber der eigenen Bevölkerung, geben solche Regierungen viel Geld für Rüstung aus, das dann der Entwicklung fehlt. Wir zeigten dies kürzlich an einer Pressekonferenz zur Rüstung in Indonesien. Gerechtigkeit ist ein notwendiger Aspekt einer humanen, menschenwürdigen Entwicklung. Damit komme ich bereits zur Hauptthese:

3. Entwicklung braucht Abrüstung

Auch das ist nicht neu. Wir wissen, wieviele Gelder gebunden sind in *Rüstungsausgaben*, die der Entwicklung fehlen. Das UNDP, das Entwicklungsprogramm der UNO, veröffentlicht jährlich die Studie «Bericht über die menschliche Entwicklung»; 1994 mit dem Schwerpunkt Abrüstung und Friedensdividende. Hier ist festgehalten, dass die Militärausgaben in Entwicklungsländern zurzeit 125 Milliarden Dollar betragen. Wenn man das mit der sozialen Entwicklung und den Kosten, die dafür nötig wären, in Beziehung setzt, erkennt man, wieviele Gelder durch Rüstung fehlgeleitet sind.

Drei Beispiele:

– 12 Prozent dieser Militärausgaben der Entwicklungsländer würden genügen, folgende weltweite *Gesundheitsprogramme* zu realisieren: Bereitstellung von Basisgesundheitsdiensten für alle, einschliesslich Immunisierung aller Kinder, Beseitigung schwerer Mangelernährung und Halbierung gemässigter Mangelernährung sowie Versorgung aller mit sauberem Trinkwasser.

– Dasselbe lässt sich vom *Bildungsbereich* sagen. Hier ist errechnet worden, dass 4 Prozent dieser Militärausgaben genügen würden, um weltweit die Rate der Analphabeten auf die Hälfte zu senken. Wenn man sich das vorstellt: nur 4 Prozent der Militärausgaben der Entwicklungsländer würden dazu genügen!

– Und dasselbe im *Bevölkerungsbereich*. Die Versorgung mit billigen oder kostenlosen Empfängnisverhütungsmitteln bei-

spielsweise, deren Zugang in vielen Entwicklungsländern nach wie vor ein Problem ist oder deren Kosten noch zu hoch sind, würde ermöglicht durch einen Teil der Militärausgaben.

Diese Beispiele zeigen, dass das, was wir als Entwicklungswerke und Missionen an Förderung der Entwicklung im Süden versuchen, eben in hohem Masse durch die nach wie vor hohen Militärausgaben im Süden behindert wird. Das Ziel «Entwicklung braucht Abrüstung» ist auch im *Leitbild Nord-Süd des Bundesrates* vom Juni 1994, das kürzlich vom Parlament gutgeheissen wurde, festgehalten. Dort heisst es: «Die Schweiz unterstützt positive Massnahmen, um Sicherheit und Frieden zu fördern und Militärausgaben in Partnerländern zu reduzieren.» Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit des Bundes (DEH) prüft zurzeit, ob die Schweiz nur noch in jenen Ländern staatliche Entwicklungshilfe leisten soll, wo die Militärausgaben einen bestimmten Prozentsatz des Staatsbudgets nicht überschreiten. Solche Konditionalität der Hilfe deckt sich auch mit einer Empfehlung der OECD, darauf hinzuwirken, dass die Beziehung zwischen Militärausgaben und Sozialausgaben für die Gewährung von Entwicklungshilfe beachtet wird.

51 Entwicklungsorganisationen und Missionen, davon fast die Hälfte kirchliche, sowie praktisch alle grossen Hilfswerke unterstützen die Aussage «Entwicklung braucht Abrüstung». Sie haben sie in der gemeinsamen Broschüre «Weltweit den Frieden entwickeln. Entwicklungsorganisationen zur Schweizer Kriegsmaterialausfuhr und Friedensförderung» (September 1994) begründet. Wir Hilfswerke können uns nicht nur auf unsere Einzelprojekte konzentrieren, so wichtig sie nach wie vor sind! Diese guten Projekte werden ständig überrollt, ineffizient, wenn nicht die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit verändert werden. Kleinere, sogenannt *apolitische Hilfswerke* oder Kreise in unserer Schweiz behaupten immer wieder, es gehe ihnen um konkrete Hilfe und wir sollten uns als Hilfswerke

nicht in diese politischen Fragen einmischen. Jene, die das beanspruchen, sind *unglaublich*, weil sie die Augen verschliessen vor diesen grossen Zusammenhängen und ihre Mitverantwortung zur Überwindung der Ursachen der Armut nicht wahrnehmen. Damit komme ich zur vierten Einsicht:

4. Abrüstung im Süden braucht Abrüstung im Norden

Wir können von den Entwicklungsländern nicht verlangen, ihre Rüstungsausgaben zu senken, wenn wir nicht gleichzeitig Rechenschaft darüber ablegen, wieviel wir im Norden für Rüstung ausgeben und wo wir abrüsten. Immer noch rund 85 Prozent der weltweiten Militärausgaben werden durch den Norden ausgegeben. Deshalb ist die *Rückfrage*, die uns unsere Partner im Süden stellen, natürlich berechtigt: «Ihr sagt, wir sollen weniger für Rüstung ausgeben. Wie habt ihr's denn bei euch?»

Seit der Wende 1989 resp. bereits seit 1987 wurden deutliche Schritte zur Reduktion der weltweiten Militärausgaben unternommen. 1987 bis 1993 nahmen sie weltweit um 23 Prozent ab. Daran haben die Grossstaaten USA und ehemalige Sowjetunion ihren deutlichen Anteil geleistet. Trotz dieser Abrüstung sind die weltweiten Militärausgaben immer noch sehr hoch. Das Entwicklungsprogramm der UNO schlägt nun vor, weiterhin abzurüsten, und zwar *jährlich drei Prozent*. Die freiwerdenden Mittel sollen im Sinne der *Friedensdividende* in Entwicklungsaufgaben und Sozialaufgaben im Inland eingesetzt werden. Die schweizerischen Entwicklungsorganisationen teilen dieses Ziel. Das ist mit der Aussage «Entwicklung braucht Abrüstung» gemeint. Sie ist übrigens in einer gewissen Parallelität zu sehen zum Programm der 80er Jahre «Entwicklung braucht Entschuldung». Damals war offensichtlich, dass die Entwicklung durch die Überschuldung der Entwicklungsländer sehr massiv gehemmt wird. Und Sie alle haben durch die Entschuldungspetition mitgeholfen, hier einen sehr wirkungsvol-

len Prozess der *kreativen Entschuldung* in Gang zu setzen. Jetzt geht es darum, einen ähnlichen Prozess in bezug auf Rüstungsausgaben zu beginnen. Wir wollen dieses Entwicklungshemmnis abbauen, sowohl im Süden als auch im Norden.

Ein Problem nun ist, dass die *Schweiz im internationalen Vergleich* diese Entwicklung des Rückgangs der Rüstungsausgaben noch nicht im nötigen Umfang mitgemacht hat. Die Schweiz ist im internationalen Vergleich immer noch *stark gerüstet*, wobei wir anerkennen, dass die Schweiz auch Schritte gemacht hat. Es kann nicht darum gehen zu sagen, es sei nichts geschehen. Die Schweiz hat 1987 bis 1993 die Militärausgaben auch reduziert, aber nur um 5,5 Prozent. Wir wissen, mit Armeereform '95 und anderen Massnahmen sind deutliche Schritte getan worden.

Dennoch ist das *Verhältnis von Rüstungsausgaben* und Entwicklungsausgaben in der Schweiz im internationalen Vergleich sehr unvorteilhaft. Wenn man den Anteil der Entwicklungshilfe gemessen an den Militärausgaben bei den *neutralen Staaten* Europas vergleicht, steht die Schweiz an letzter Stelle (Zahlen 1991): Schweden gibt halbsoviel (50 Prozent) für Entwicklungshilfe aus wie fürs Militär, Finnland 44 Prozent, Österreich 41 Prozent, die Schweiz 28 Prozent! Deshalb sind wir Hilfswerke der Ansicht, dass es berechtigt ist, die Schweiz etwa wenigstens in ein europäisches Mittelfeld zu bringen, indem die Entwicklungszusammenarbeit erhöht und die Rüstungsausgaben gemessen am Bruttosozialprodukt entsprechend auf ein europäisches Mittel gebracht werden.

Wenn wir die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit, gemessen am BSP, *international vergleichen*, dann ist die Schweiz fast am Ende der Skala. Die Entwicklungshilfe der Schweiz liegt heute bei 0,33 Prozent des Bruttosozialproduktes. In Schweden, Holland, Norwegen, also Ländern die uns politisch und einstellungsmässig relativ nahe sind, liegt der Wert bei rund 1 Prozent. Die Schweiz steht als reichstes Land Europas schlecht da. Dieses Verhält-

nis zu verbessern, glaube ich, würde uns absolut anstehen.

Es geht also bei dieser Forderung «Entwicklung braucht Abrüstung» *nicht* um die *Abschaffung der Armee*; ich möchte das ganz deutlich sagen. Es geht auch nicht um eine Abschaffung der Armee in Raten. Es geht vielmehr darum, die Schweiz in eine Situation zu bringen, die eine Verteidigung der Schweiz weiterhin ermöglicht, die aber die internationale Verantwortung und die Friedenssicherung durch Entwicklungszusammenarbeit und internationale Friedenspolitik in weit stärkerem Masse ermöglicht, als dies heute der Fall ist.

Mehr spenden als Antwort auf den Aufruf zum Spendenboykott

Sie haben vielleicht gesehen – und damit schliesse ich –, dass die Stellungnahme der 51 Entwicklungsorganisationen, Hilfswerke und Missionen «Weltweit den Frieden entwickeln» scharf kritisiert wurde. Es ist bereits ein Inserat des «Trumpf Buur» mit dem Titel «Einzahlungsschein zerreißen» erschienen. Darin wird zum Spendenboykott gegenüber den unterzeichnenden Werken aufgerufen (dasselbe taten alt Bundesrat Rudolf Friedrich in Leserbriefen und Ulrich Schlüer in der «Schweizerzeit»), unter anderem gegenüber Brot für alle, HEKS, Caritas, Helvetas, Fastenopfer, Swissaid, Erklärung von Bern usw. Die beste Antwort darauf ist, diese Hilfswerke, die sich um das heikle Thema «Entwicklung braucht Abrüstung» nicht drücken, um so deutlicher *finanziell und ideell zu unterstützen*. Ich hoffe, dass die Kirchgemeinden sich mit diesen schwierigen, aber für die Entwicklung und Friedenssicherung bedeutenden Fragen beschäftigen.

Wir können die Auseinandersetzung *offen mit guten Argumenten* führen. Wir können auch darlegen, wie es Bundesrat Cotti am 24. Oktober 1994 öffentlich an der Jahrestagung der DEH getan hat, dass die Schweiz bereits 1,3 Milliarden an Entwicklungszusammenarbeit gekürzt hat, wenn man die Finanzpläne des Bundes seit 1991 mit den heute real beschlossenen Ausgaben

vergleicht. Hier ist eine Schmerzgrenze erreicht, die wir nicht einfach hinnehmen können.

Übrigens sind jene, die eine Umlagerung von Rüstungs- zu Entwicklungsausgaben befürworten, nicht eine kleine extreme Minderheit, wie das «Trumpf Buur»-Inserat suggeriert. Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit DEH und die Hilfswerke führen alle fünf Jahre eine unabhängige, repräsentative *Meinungsumfrage* zur Entwicklungszusammenarbeit durch. Die letzte vom Februar 1994 ergab folgendes Ergebnis: 73 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind dafür, dass Rüstungsausgaben zugunsten der Entwicklungshilfe reduziert werden (24 Prozent sind sehr einverstanden, 25 Prozent sind einverstanden und 24 Prozent sind mehr oder weniger einverstanden). Nicht einverstanden sind 18 Prozent und 8 Prozent sind gar nicht einverstanden.

Ich hoffe, dass Sie sich aktiv in Ihrer Kirchgemeinde mit dem Anliegen «Entwicklung braucht Abrüstung» auseinandersetzen. Es geht nicht einfach um fertige

Lösungen, es geht darum, dass wir gemeinsam einen Weg gehen. Verschiedene Materialien der Hilfswerke zur Meinungsbildung stehen zur Verfügung. Ich danke Ihnen für Ihren diesbezüglichen Einsatz.

Die folgenden Materialien können bezogen werden bei Brot für alle, Speichergasse 29, Postfach, 3000 Bern 7, Fax 031 311 54 91:

- Weltweit den Frieden entwickeln. Entwicklungsorganisationen zur Schweizer Kriegsmaterialausfuhr und Friedensförderung, 16 Seiten, September 1994, Fr. 2.–
- Brot statt Waffen. Eine Milliarde für den Frieden – was die Schweiz zur internationalen Friedenssicherung beitragen könnte (9 Szenarien), herausgegeben von Brot für alle, verfasst von Stefan Hartmann, 50 Seiten, Oktober 1994, Fr. 5.–
- Zinsen für den Frieden statt Kanonen für den Krieg, Tonbildschau, 12 Minuten, Dezember 1994 (Bezug: HEKS, Postfach 168, 8035 Zürich)
- Friede und Gerechtigkeit umarmen sich. Biblisch-theologische Impulse für die Arbeit in Kirchgemeinden, verfasst von Christoph Stückelberger, 1 Seite, November 1994
- Dossier «Entwicklung braucht Abrüstung» mit einer Sammlung von Materialien/Argumenten (inkl. Graphiken), nur für Multiplikatoren, hg. von Brot für alle, ca. Jan. 1995.

Rüstung und Militarismus tragen zur Aufrechterhaltung einer auf Gewalt und Herrschaft beruhenden Gesellschaftsordnung bei. Als Ausdruck einer «Kultur des Todes» missachtet der Militarismus zudem die Bemühungen von Frauen und Männern, auch unter schwierigsten Bedingungen das alltägliche Überleben zu sichern und zu erhalten... Abrüstung als Teil eines allmählichen Abbaus militärischer Strukturen eröffnet neue Chancen für den Aufbau einer weltweiten «Kultur des Lebens», die auf gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien, der Anerkennung der Gleichwertigkeit von Frau und Mann, des Rechts auf Überleben und der Selbstbestimmung aller Menschen unabhängig von Geschlecht, Rasse, Klasse, Religion und Alter beruht.

(Entwicklungsorganisationen zur Schweizer Kriegsmaterialausfuhr und Friedensförderung: Weltweit den Frieden entwickeln, Bern 1994, S. 10)